



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Über das Opfer-Forschungsprojekt des Max-Planck-Instituts in München auch den Landtag informieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich wie schriftlich über die Fortschritte sowie über den fortlaufenden Sach- und Entwicklungsstand des Forschungsprojekts des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München zu berichten, das die Untersuchung der Humanpräparate von NS-Opfern und die damit verbundene historische Aufarbeitung zum Ziel hat. Mitunter soll dargelegt werden, wie es dazu kommen konnte, dass sich in den Archiven in München immer noch mit der NS-Zeit belastete Humanpräparate befanden, die mutmaßlich von „Euthanasie“-Opfern oder anderen NS-Opfergruppen stammten.

### **Begründung:**

Mit diesem Euphemismus „Euthanasie“, der übersetzt „guter“ oder „schöner Tod“ heißt, bezeichneten die Nationalsozialisten die Massenmorde an unheilbar kranken, psychisch kranken und behinderten Menschen. Unter dem Codenamen „Aktion T4“ (benannt nach dem Sitz der Organisationszentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4) ermordeten die Nationalsozialisten zusammen mit Ärzten und Pflegekräften systematisch Menschen, deren Leben sie als „nicht-lebenswert“ erachteten. 1941 stellte Hitler das offizielle Euthanasieprogramm zwar ein, jedoch wurden die Morde in öffentlichen Pflegeanstalten fortgeführt. Insgesamt sollen bis Kriegsende 300.000 Menschen in Europa der „Euthanasie“ zum Opfer gefallen sein.

Erst Ende der 1980er-Jahre hatte die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) mit einer Untersuchung der Präparatesammlungen an ihren Standorten in München, Köln und Frankfurt begonnen. Im Jahr 1989 beschloss die MPG, alle Humanpräparate aus der Zeit des Nationalsozialismus, deren Herkunft nicht zweifelsfrei für unbedenklich erklärt werden konnte, zu bestatten. Dabei handelte es sich um mutmaßliche Opfer der sogenannten „Euthanasie“-Aktion sowie anderen Opfergruppen, wie KZ-Insassen oder Kriegsgefangene. Diese Präparate aus der NS-Zeit wurden offenbar noch weit nach dem Ende des Naziregimes in Forschung und Lehre eingesetzt.

In jüngster Vergangenheit stellte sich nun heraus, dass ein Großteil der Präparate, die bereits als bestattet galten, es noch nicht sind. Ein Expertenteam entdeckte im Archiv in München-Schwabing und im Museum des Hauses konservierte Gewebeteile und sogenannte Hirnschnitte von NS-Opfern. Darunter auch solche, die angeblich bereits seit fast 30 Jahre auf dem Waldfriedhof bestattet sind.

Dies hat die MPG nun zum Anlass genommen, ein Forschungsprojekt ins Leben zu rufen, das sich mit der Identifizierung von „Euthanasie“-Opfern beschäftigt wird. Das Projekt wird im kommenden Juni starten. Im Fokus der wissenschaftlichen Arbeit steht die Entwicklung einer Datenbank, die die Namen aller Opfer listet und die Todesart und die an den Hirnpräparaten vorgenommenen Forschungen dokumentiert. Ziel ist es, die als belastet eingestuft Humanpräparate möglichst mit den Namen der Opfer nachzubestatten.